Stellungnahme von Katharina Prelicz-Huber, Präsidentin VPOD, Mitglied Präsidialausschuss SGB, Nationalrätin (Grüne)

Keine Kitakrise nach der Coronakrise!

Die Massnahmen zur finanziellen Entlastung der Betreuungseinrichtungen sind nach wie vor ein Flickenteppich. Damit ist die Existenz der Betreuungseinrichtungen bedroht, und es führt dazu, dass Eltern zurzeit vielerorts die Aufrechterhaltung eines systemrelevanten Angebots ohne unmittelbare Gegenleistung finanzieren.

Die Pandemie hat deutlich gemacht, dass die Betreuungseinrichtungen für Vorschulkinder wie für Schulkinder tragende Stützen unserer Wirtschaft und Gesellschaft sind. Die familienergänzende Kinderbetreuung ist Service Public und hat bei der Bewältigung der Pandemie eine wichtige Aufgabe, und Bund und Kantone sind in der Verantwortung – auch finanziell.

Die Schweiz würde massiv Schaden nehmen, wenn am Ende der Corona-Krise das Betreuungsangebot aufgrund von Konkursen und Schliessungen massiv ausgedünnt wäre. Schon jetzt berichten viele Kitas von Vertragskündigungen, weil die Eltern die bekanntlich hohen Kosten der Betreuung nicht länger ohne Gegenleistung tragen wollen oder können. Auch bleiben die Neuanmeldungen aufgrund der unsicheren allgemeinen Lage aus und in vielen Kantonen rufen die Behörden sogar dazu auf, keine neuen Kinder in die Kitas zu bringen. Kitas können ihre Kosten so nicht decken.

Die Folgen liegen auf der Hand: Auch ein vorübergehender Rückgang bei den Plätzen würde zu einem Rückgang der Erwerbstätigkeit bei den Frauen (erfahrungsgemäss sind es in erster Linie die Frauen, die sich zurückziehen) führen.

Darüber hinaus sind auch die Arbeitsplätze in der Branche selbst bedroht. Die unsicheren Perspektiven sowie Einkommenseinbussen durch Kurzarbeit oder vorübergehende Arbeitslosigkeit sind zusätzliche Belastungen für einen Beruf, der ohnehin am geringen gesellschaftlichen Ansehen (einschliesslich vergleichsweise niedriger Löhne) bei gleichzeitig sehr hohen Erwartungen leidet. Es steht zu befürchten, dass die ohnehin hohe Abwanderungsquote zunehmen wird, was den Fachkräftemangel in diesem Bereich zusätzlich akzentuiert. Dabei braucht es aufgrund der gesundheitlich notwendigen Massnahmen (kleinere Gruppen, keine Betreuung durch Grosseltern und gefährdete Personen) in der nächsten Zukunft deutlich mehr pädagogisches Personal.

Der VPOD setzt sich seit langem dafür ein, dass die professionelle Kinderbetreuung aufgewertet wird und mehr Anerkennung erfährt. Zu einem sinnvollen Konzept für den Ausstieg aus der Krise gehört daher auch ein Plan für eine Ausbildungsoffensive und massive Steigerung des Anteils an ausgebildetem Personal. Dafür braucht es eine klare und langfristige Unterstützung der Branche durch die Politik. Ein erster Schritt dazu bildet die parlamentarische Initiative Prelicz-Huber, die in der a.o. Session im Mai eingereicht wird und die vorschulische Kinderbetreuung als Teil des Bildungssystems verankern möchte.

Kurzfristig müssen verbindliche Konzepte für den Ausstieg ausgearbeitet werden, mit einheitlichen Vorgaben zur Umsetzung der gesundheitlich notwendigen Massnahmen.